

Postulat Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend nicht beeinflussbare Spital- und Pflegefinanzierungskosten

Postulat Fraktion FDP: Nicht beeinflussbare Spital und Pflegefinanzierungskosten

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten mit dem Kanton in Kontakt zu treten und eine finanzielle Lösung für die steigenden und nicht beeinflussbaren Spital- und Pflegefinanzierungskosten im ambulanten und stationären Bereich anzustossen.

Begründung

In Wettingen steigen die Spital- und Pflegefinanzierungskosten seit einigen Jahren rasant an, im Schnitt 1 Steuerprozent pro Jahr, ohne dass sie durch die Gemeinde direkt beeinflusst werden können. Bis jetzt konnte der Gemeinderat die steigenden Kosten durch Kürzungen und Optimierungen in anderen Bereichen teilweise kompensieren.

Die Gemeinden haben wenig bis keinen Spielraum bei den gesetzlich vorgegebenen Spital- und Pflegefinanzierungsleistungen. Aus diesem Grund macht es Sinn, eine Angleichung der Belastungen zwischen den Gemeinden über einen höheren kantonalen Finanzierungsanteil vorzunehmen. Im besten Fall ist eine vollständige Restkostenfinanzierung durch den Kanton anzustreben.

Eine höhere oder vollständige Finanzierung dieser Leistungen durch den Kanton stellt zwar lediglich eine Umverteilung der Kosten dar, jedoch sollte das Problem der zunehmenden Leistungen an der Quelle angegangen werden.

Der Aargauer Finanzausgleich ist ein sehr komplexer Mechanismus und schafft den übergeordneten Ausgleich, berücksichtigt jedoch nicht die altersstrukturellen Unterschiede.

Die rechtliche Grundlage dieses finanziellen Ausgleichs muss auf kantonaler Ebene geregelt werden und die Grossrätinnen und Grossräte werden sich ebenfalls politisch dafür einsetzen müssen. Im Grossen Rat wurde diesbezüglich auch bereits ein Postulat eingereicht (vgl. <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Gesch%C3%A4ft?ProzId=4840117>).

Das alleine genügt nicht und der Druck muss auch von der Gemeinde auf den Kanton ausgeübt werden. Da umliegende Gemeinden ebenfalls betroffen sind, könnte eine gemeinsame Kommunikation an den Kanton sinnvoll sein.
